

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Preis 1.00 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.85 Mark
Annoncenpreise: a. alle Anzeigen
b. alle Anzeigen
c. alle Anzeigen
d. alle Anzeigen
e. alle Anzeigen
f. alle Anzeigen
g. alle Anzeigen
h. alle Anzeigen
i. alle Anzeigen
j. alle Anzeigen
k. alle Anzeigen
l. alle Anzeigen
m. alle Anzeigen
n. alle Anzeigen
o. alle Anzeigen
p. alle Anzeigen
q. alle Anzeigen
r. alle Anzeigen
s. alle Anzeigen
t. alle Anzeigen
u. alle Anzeigen
v. alle Anzeigen
w. alle Anzeigen
x. alle Anzeigen
y. alle Anzeigen
z. alle Anzeigen

für Halle monatlich bei zweimaliger
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.55 Mark
ausländisch, Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter
Zeitungsbildung. Für ein
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Zeitung“ gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezug-Abteilung Nr. 1133.
Verkaufsstelle Leipzig Nr. 4600.

Nr. 434.

Halle, Montag, den 16. September.

1918.

62000 Kilo Bomben auf Paris.

Erfolgreiche kleinere Unternehmungen, abgewiesene feindliche Vorstöße. — 24 feindliche Flugzeuge und 15 Fesselballone abgeschossen. — Die parlamentarischen Beratungen in Berlin. — In Erwartung des feindlichen Echos auf Burians Note.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 16. Sept.

Weltlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn.

In der Ebn-Niederung und südlich vom La Bassée-Kanal führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Zwischen Havincourt und Epehy am frühen Morgen heftiger Artilleriekampf, dem bei und südlich von Havincourt feindliche Zeilangriffe folgten. Der Feind wurde abgewiesen. Tagsüber blieb die Gefechtsintensität in mäßigen Grenzen. Nordwestlich von Berman am Solnon-Walde und bei Eijgnay-Grand Infanteriegefechte.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Heftige Teilkämpfe zwischen Willeite und Wisse. Nach vergeblichen Vorstößen am frühen Morgen drach der Feind am Abend erneut zum Angriff vor. Im allgemeinen wurde er abgewiesen; er hat die Einbruchsstelle aus den Kämpfen der Vorlage etwas erweitert und schloß im Südteil von Wallig Fuß. Zwischen Wisse und Wesse blieb die feindliche Infanterie untätig. Wir häuberten die aus den Kämpfen vom 14. September noch zurückgebliebenen kleinen Franzosen-nesler.

Heeresgruppe Gallwig.

Von der Cotes Vorraine bis zur Mosel lebte der Artilleriekampf am Abend zeitweilig auf. Vor unserer neuen Stellung entwickelten sich mehrfach heftige Infanteriegefechte, in denen wir Gefangene machten. Am Abend hand der Feind etwa in der Linie: Fresnes-St. Hilaire-Hauwort-Neubercourt und am Walde von Rappes.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Vorstöße des Feindes an der lothringischen Front wurden abgewiesen.

Als Vergeltung für das fortgesetzte Bemühen deutscher Städte wurden auf Paris in vergangener Nacht durch die Bombengeschwader 62000 Kilogramm Bomben abgeworfen. Wir schossen gestern 24 feindliche Flugzeuge und 15 Fesselballone ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die tägliche U-Boot-Lende.

Berlin, 16. September. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Seelechtschuplatz vor der Feind durch die Tätigkeit unserer U-Boote wietere
3000 B.-M.-Z.
Schiffsraum.

Der Chef des Admiralskabs der Marine.

Wann erschallt das Echo?

Genf, 16. Sept. (Privattelegramm.) Soweit bis Sonntag abend Telegramme aus Paris vorliegen, war bis dahin die Öffentlichkeit nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Die bisherige Praxis des Ministeriums Clemenceau läßt jedoch erahnen, daß die Note in Kürze von der offiziellen Agentur veröffentlicht werden wird. Frühestens Montag abend bzw. Dienstag früh dürften die Äußerungen Pariser Zeitungen zu der Note in der Schweiz vorliegen.

Wer läßt Europa nicht zur Ruhe kommen?

Köln, 16. Sept. (Privattelegramm.) Ueber die Stellungnahme Deutschlands zur Note Burians bemerkt die „Köln. Ztg.“: Darüber, ob Aussicht besteht, daß dieser Zweck auch erreicht werden wird, kann man verschiedener Meinung sein. Was der Reichstagspräsident im Fall im Hauptauschluß über unsere Bereitschaft für ernstliche Friedensverhandlungen erklärt hat und was unsere Staatsmänner in diesen Tagen erklärt haben, was der Kaiser zu den Arbeitern gesprochen hat, zeugt für alle Welt aus deutlichste, daß die Friedensbereitschaft Deutschlands nicht zu überstreifen ist. Daß der Schritt der Verbündeten in Deutschland und gewiß auch in Österreich-Ungarn von sehr vielen Kreisen mit Skepsis angenommen wird, ist infolge der bisherigen Erfahrungen, die mit allen ähnlichen Verhandlungen der Mittelmächte gemacht wurden, nur erklärlich. Gerade in der grundsätzlichen Haltung der deutschen Regierung und der grundsätzlichen Frei-

denbereitschaft des deutschen Volkes liegt die Bürgschaft, daß von deutscher Seite auf dem Wege, der zum Frieden führt, kein Hindernis gelegt wird. Wärdien, wennschon die feindlichen Regierungen nicht anders reagieren als früher, wenigstens die feindlichen Völker daraus erfahren, wer das gemarterte Europa nicht zur Ruhe kommen läßt.

Nichtstimmung im interfraktionellen Auschuß.

Die Geheimnisträgerei des Kanzlers.

Berlin, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Seit vor-mittag 10 Uhr ist der interfraktionelle Auschuß der Mehrheitsparteien des Reichstags zusammengetreten, um sich endgültig schlüssig zu machen, wann der Hauptauschuß des Reichstags zusammentreten soll. Es kann als sicher angenommen werden, daß er sich früher versammeln wird, als ursprünglich beabsichtigt war. Vermutlich wird er schon im Laufe der nächsten Wochen zusammentreten. Die gestrigen Besprechungen der 6 Vertreter der Mehrheit beim Kanzler, die 2½ Stunden dauerte, hatte ausschließlich die durch den Wiener Friedensschritt geschaffene Lage zum Gegenstand.

Die Aussprache hat zunächst eine außerordentliche Bekäftigung dafür erbracht, daß Herr v. Pappe seine Rede in Stuttgart in vollster Uebereinstimmung und mit vorheriger Kenntnis aller leitenden Persönlichkeiten des Reichs gehalten hat. Das hat weiter dazu geführt, daß kein Zweifel mehr an der Bereitwilligkeit der Reichsregierung zung bestehen kann, den interfraktionellen Friedensvorschlag zu unterstützen, wie das denn auch in der gestern abgegebenen halbamtlichen Mitteilung über die Stellung der Reichsregierung zum Ausdruck gekommen ist. Trotzdem in dieser Beziehung zwischen der Reichsregierung und den Mehrheitsparteien Uebereinstimmung besteht, mußte der Kanzler doch aus dem Verlaufe der Unterredung den Eindruck gewinnen, daß die Führer der Mehrheitsparteien, seine nächsten Freunde nicht ausgeschloßen, äußert verstimmt sind über die Art und Weise, wie der Reichstagskanzler das Vertrauensverhältnis zu den Mehrheitsparteien einer starken Belastung dadurch ausgesetzt hat, daß er sie von den diplomatischen Vorgängen der letzten Wochen auch nicht an-Deutungsweise unterrichtet.

Die erste welschschweizerische Stimme.

Genf, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die österreichische Note, die wegen des Sonntags durch Maueranschläge hier bekannt wurde, hat in der gesamten Schweiz alle lebhaften Teilnahme hervorgerufen. In dessen wagt man im Publikum kaum, einem Optimismus sich hinzugeben. Die einzige Zeitung, die schon in der Lage ist, ihre eigene Meinung kundzugeben, ist die Genfer „Suisse“, die in Vorahnung der Pariser Stimmen schreibt: Es handelt sich also nicht um einen direkten Friedensvorschlag, sondern um eine einfache Äußerung. Immerhin bietet die Wiener Note ein interessantes Symptom. Wie auch die übrigen Leute zu erwarten sind, wird die Entente lauten wird, man kann sagen, daß diese Einleitung, ihrer Phrasen entledigt, klar bedeutet: Die Partei ist zerfallen. So erhält der Sieg der Entente zum erstenmal die offene Weihe ihrer Gegner.

Eine Alliierten-Konferenz in Paris.

Genf, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Pariser Zeitungen melden den Zutritt einer Alliierten-Konferenz in Paris. Orlando und die italienischen Delegierten sind bereits am 14. d. früh in Paris eingetroffen. Sonnabend nimmt an der Konferenz nicht teil.

Ein Schritt der Neutralen?

Basel, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Berner Meldungen vom Sonntagabend (vor Bekanntwerden der Friedensnote Doherty-Longmans) lauten von einem gemeinsamen Friedensschritt der Neutralen, sobald eine der Kriegführenden Mächte direkte Verhandlungen anregen sollte. Im Berner Bundeshaushalt wurde die Meldung weder bestätigt noch demütert. Auch eine Genfer Meldung vom Freitag abend erweiterte die Wahrscheinlichkeit einer neuen Verhandlungsoption der Neutralen und des päpstlichen Stuhles.
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 3.)

Der Gewinn.

Bern, 16. September. Nach dem „Berner Intelligenzblatt“ meldet „Genève“ aus gut unterrichteten schweizerischen Kreisen, daß man dort der Ansicht ist, daß sich der Friede vorbereite und diese Vorbereitungen durch die Note Burians gefördert werden. Doch sei nicht daran zu denken, daß noch vor diesem Winter der Friede geschlossen werden könne.

In dieser Meldung kommt ein Teil des Gewinns zum Ausdruck, den die Note Burians haben wird. Die Diskussion über den Frieden, die mit dem ersten Friedensangebot im Dezember 1916 begann, wird verstärkt und verschärft werden. Sie ruhte niemals mehr ganz, seitdem die Zentralmächte im Bewußtsein ihrer Kraft zum erstenmal die Hand zum Frieden boten; sie wird jetzt ein noch stärkeres Echo bei den Käufern der uns feindlichen Staaten finden. Schon in unserer Morgen-Ausgabe berichteten wir, daß schweizerische Grenz-meldungen von einem bevorstehenden Friedensschritt der neutralen Regierungen und des päpstlichen Stuhles sprachen. Was können die Neutralen in Wirklichkeit tun? Sie sind nicht in der Lage, irgendetwas nennenswerten Druck auf die Entente auszuüben. Dadurch sind den Neutralen von vornherein die Grenzen gezogen. Alles, was sie vermögen, ist, daß sie ihre Sympathie mit den Friedensbemühungen Burians ausdrücken. Wird sich aber die Entente von solchen Sympathie-Erklärungen irgendetwas beeinflussen lassen? Ein Narr, wer das glaubt. Graf Burian kann so höchstens einen moralischen Erfolg erzielen, aber keinen praktischen, auf den es allein ankommt.

Die Entscheidung über einen praktischen Erfolg Burians in der Richtung auf einen baldigen Frieden liegt bei der Entente. In Paris und London ist man augenscheinlich von der bevorstehenden jüngsten Aktion des Grafen Burian unterrichtet gewesen. In London haben die „Times“ bereits vor der öffentlichen Bekanntgabe der Note von einem neuen Friedensschritt gesprochen und in Paris lauchte der „Somme Libre“, das Blatt Clemenceaus, wie aus der unten folgenden Drahtnachricht hervorgeht, das Schriftstück Burians schon im voraus abzufertigen. Belehrend und auffüllend wirkt die Aufnahme der staatsmännlichen Rede Payers im feindlichen Auslande. Aus dieser Aufnahme kann man umsoher das Schicksal des Burianischen Schrittes ableiten. Hohn und Spott von einst haben vielleicht ihre ähndende Form verloren, aber eine schärfere Erwiderung auf die Vor schläge Payers sucht man auch heute in der Presse der uns feindlichen Staaten vergebens. Die Londoner und Pariser Zeitungen, die in Fragen der äußeren Politik sich ausgezeichnet mit ihren auswärtigen Beamten zu verständigen wissen, sehen ganz sicher nicht in einem direkten Gegensatz zu der offiziellen Politik ihrer Länder. Und wenn sie übereinstimmend die Panzerschiff-Tonart ablehnen, dürfen wir kein Entgegenkommen der Regierungen von Paris, London und Washington erwarten. Nicht alle Londoner Blätter äußern sich so geschmackvoll wie die Londoner „Daily News“, die von einer „Unverschämtheit des Herrn von Payer“ reden, aber sie sind sich in der Ablehnung selbst doch einig. Der Vorwurf der Heuchelei und der mangelnden Aufrichtigkeit findet sich schließlich auch in anderen feindlichen Blättern. Man wird solche Äußerungen weniger als Zeichen eines tief eingegrabenen Mißtrauens ansehen dürfen; sie stellen vielmehr Bemühungen zur Verschleierung des eigenen Eroberungswillens dar. Wir wissen ja auch, daß selbst die gemäßigten Parteien in den feindlichen Ländern Forderungen aufstellen, die bei uns selbst von der Sozialdemokratie abgelehnt werden. Noch heute stellen die sozialistischen Parteien Englands und Frankreichs die Forderung nach U-Boots-Verboten. Und Amerika hat diese Forderung ausdrücklich zu der eigenen gemacht: Wilson will den Franzosen das heißt unmittebar U-Boots-Verbot als Morgengabe für den neuen Weltbund mitbringen, der unter anglo-amerikanischer Leitung stehen soll. Bei uns aber denkt auch der Radikalismus nicht an eine Erfüllung der feindlichen Wünsche. Sollen da ver-träuliche Besprechungen in kleineren Zirkeln stattfinden, um diese Gegenstände klarzulegen? Wir können sie ohnehin!

Trotz alledem werden auch die neuesten Friedensbemühungen nicht ohne Gewinn bleiben. Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß die neue Ablehnung der Entente und die dadurch hervorgerufene Kriegsverlängerung bei uns den Willen zum Durchhalten fördern muß. Im Auslande werden wir durch die letzten Schritte unwillkürlich die dortigen friedensfreundlichen Elemente

berufen haben. Das ist ein Gewinn, dessen Bedeutung wir niemals unterschätzen dürfen. Im Auslande wird die Klärung erst noch eintreten, die bei uns in der Hauptsache schon erfolgt ist. Die Friedensfreunde, die heute in Frankreich, England oder Nordamerika eine bescheidene Minorität darstellen, werden durch die Vorgänge der letzten Zeit gestärkt werden, und sie werden an Macht und Einfluss wieder erheblich gewinnen, wenn der deutsche Widerstand in unseren neuen Grenzen sich als ein erfolgreicher herausstellt. Und endlich aber kann gegenüber dem ungeschwächten Massenläger, mit denen ein eroberungslustiges Britannien die Welt überschwemmt, nicht klar, heftig und oft genug gesagt werden, was wir in Wirklichkeit wollen. Von diesem Gesichtspunkte aus läßt sich unschwer erkennen, daß die jüngsten Aktionen ihr Gutes haben werden, wenn auch der direkte politische Erfolg ausbleibt. C. H.

Clemenceaus Blatt gegen das "Friedensmandat".

Bern, 16. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die hier am weitesten linken Pariser Mitter kennt natürlich zur österreichischen Kriegsnote noch keine Stellung nehmen, stehen aber schon durchaus unter dem Eindruck der bevorstehenden und angelegentlichsten Aktion. Das Blatt Clemenceaus, der "Somme libre", meldet seinen Lesern in groben Ziffern: "Das Friedensmandat wird sich nicht als ein Mandat, sondern als ein Mandat mit dem Charakter eines Mandats zu betrachten, welches sich gegen die Interessen der 'Sumanitas' richtet. Es genügt nicht, schreibt er, die ermatete Erklärung einfach als Friedensmandat abzutun. Sie ist vielmehr eine Mahnung an die Verbündeten. Wenn wir dieser nicht Rechnung tragen, dann werden wir die Zustimmung ablehnen können, die nicht mehr zu befehlen ist. Wir werden nicht mehr die Verbündeten sein, sondern die Feinde. Die Schmach der Verbündeten ist schändlich und unheilvoll. Man glaube nicht, daß es genügt, sich hinter militärische Erfolge zu verstecken, selbst wenn diese entscheidend wären, als sie bisher zu verzeichnen waren. Diese militärischen Erfolge bestehen nicht von der Beschäftigung, Worte zu beantworten, die selbst feige Soldaten annehmlich finden können. Da jedermann die Gefahren der offiziellen, allzu direkten Konversation zu spürt, ist es notwendig, daß die alliierten Regierungen auf den Parlamentarier sagen, wie sie es sich vorstellen, daß Friedenskonventionen angeknüpft werden. Ihre Bedingungen dürfen nicht in gemundeten oder dunklen Redensarten bestehen. Es gibt kein anderes Mittel, Kassen zu vermeiden, lösen Kassen da sind, und unsere Kassen zu befehlen, daß der Krieg nicht eine Minute länger, aber auch nicht länger dauern wird als notwendig, um einen gerechten Frieden zu erlangen.

Die deutschen Mehrheitsparteien und der Friedensschritt.

Parteilührer beim Reichskanzler.

Berlin, 16. Sept. Der Reichstag empfing gestern Mittag die Führer der Mehrheitsparteien, um mit ihnen, wie dem ich übergeben, über die Friedensnote zu sprechen. Dr. Siegelmann und Heine einigten sich, daß der Friedensschritt der österreichisch-ungarischen Regierung eine gewisse Lage zu bezeichnen. Die Konferenz dauerte nur 11 bis 12 Uhr. Auch die Staatssekretäre v. Hofe und Wolff beteiligten sich an der Aussprache. Die "Wolff-Ztg." glaubt sich sehr wenig befriedigt von dem gesonderten Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung und der Rolle der deutschen Diplomatie. Im übrigen sei die Ansicht überwiegend gewesen, daß eine deutsche Beteiligung an etwaigen Friedensgesprächen selbstverständlich sei für den Fall, daß der österreichische Schritt nicht erfolglos bleibe. Auch die Diskussion wurden in der Beratung gestiftet. Heute abend der Reichskanzler die Führer der nicht zur Mehrheit zählenden Fraktionen zu empfangen.

Wann tritt der Hauptauschuss zusammen?

Die Einberufung des Hauptauschusses, die für die erste Oktoberwoche geplant war, wird nun vielleicht schon früher erfolgen. Es ist möglich, daß der Ausschuss, laut "Wolff-Ztg.", schon in der letzten Septemberwoche zusammentritt. Entschieden ist hierüber jedoch noch nichts. Ebenso ist es noch gänzlich unbestimmt, ob das Plenum früher als vorgesehen zusammenzutreten soll. Die Meinungen darüber sind geteilt. Für die Beendigung der politischen Lage und die daraus zu ziehenden Folgerungen wird in erheblichem Maße auch die Wirkung ins Gewicht fallen, die der Friedensschritt Oesterreich-Ungarn auslösen wird. In politischen Kreisen ist die Meinung vorherrschend, daß die Frage, ob dieser Schritt auch die aus der Krise nicht zur Insel gelassen ist, und ob es zu bedauern ist, daß er nicht verhindert werden konnte, heute hinter den Tischen zu verbleiben muß. Der Schritt ist nun einmal unternommen worden, und man urteilt, daß er, wenn er die Möglichkeit zu einem ehrenvollen Frieden eröffnen sollte, auch die volle Unterstützung und Beistand des Deutschen zu erhalten verdient. Da Deutschland in dieser Beziehung nicht zurückbleiben und jede daranehtende Hand ergreifen wird, um sich und der übrigen Welt den Frieden wiederzugeben, ist, wie man mit Überzeugung annimmt, auch der christliche Wille der Reichsleitung.

Rücktritt Renaudels als sozialistischer Parteiführer.

Genf, 15. Sept. Die französischen Delegierten für die Dienstag folgende internationale Sozialisten- und Arbeiterkonferenz haben gestern Paris verlassen, um sich nach London zu begeben. Vor der Abreise kam es noch zu einer Uebernahme. Renaudel, der sich unter den Delegierten befindet, gab seine Demission als politischer Leiter des Parteiorgans "Sumanitas". In einem Briefe an Dubouff, den Sekretär der sozialistischen Partei, begründet Renaudel, daß mit diesem Schritte gemäßigteren seinen Rücktritt als Parteiführer anknüpft, die Demission damit, daß er für den am 8. Oktober beginnenden Landeskongress der französischen Sozialisten freie Hand zu haben und Personalfragen auszufällen möchte. Tatsache dürfte wohl sein, daß Renaudel davor, freiwillig zurückzutreten, als sich vom bevorstehenden Kongresse absetzen zu

lassen. Wie erinnert sich, hat die Gruppe Longuet bei der Tagung des Nationalrats die Majorität für sich gewonnen. Der Hauptzweck des bevorstehenden Landeskongresses ist, diese neue Majorität zu befestigen, worauf die Leitung der Partei und des Parteiorgans ohne weiteres an sie und ihren Führer übergeht.

Payers Rede — einer Kundgebung der Regierung.

Wien, 14. Sept. Dem Wiener Korrespondenten der "Köln. Ztg." wurde an unterirdischer Stelle berichtet, daß die Rede Payers dem Reichskanzler und anderen maßgebenden Stellen vorgelegt und von diesen gebilligt worden sei, so daß man sie als eine Kundgebung des Reichskanzlers und der Reichsregierung aufzufassen habe. In Wiener amtlichen Kreisen habe die Rede den allerbesten Eindruck gemacht. Sie belege den Einwand, den die Gegner gegen die bisherige Darlegung der deutschen Kriegsziele immer erhoben haben, da sie in jeder Hinsicht Klarheit schaffe. Payers Darlegung der deutschen Kriegsziele schließe durchaus nicht die von Burian angelegentlichsten Vorberichtigungen aus, und Kaiser Wilhelms Anprache habe, wiewohl nur in wenigen, aber so eindringlichen Worten, dessen aufrichtige Friedensliebe und seine christlichen Friedensbemühungen so scharf betont, daß sich schon deshalb kein Gegenatz zu Payers Rede konstruieren lasse.

"Dann schaffen wir's!"

Berlin, 14. Sept. Dem Hauptauschuss nationaler Arbeiter- und Berufsverbände, Zusammensitzung in auf ein Ausbierungsgesamtes, das er anlässlich seines achten Jahresfestes in Dortmund an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg gefandt hat, nachstehende Antwort zugegangen:

"Ich danke herzlich für Ihre erhabene Kundgebung. Möge Ihre Gesinnung zum Durchgehen in dem uns aufzugehenden Kampfe um unser Vaterland und für unsere Zukunft jedem Deutschen zur heiligen Ueberzeugung werden; dann schaffen wir's!"
Generalfeldmarschall v. Hindenburg."

Die holländische Presse über die Reden Payers und Lloyd Georges.

Haag, 14. Sept. Die holländische Presse hat laut allgemein, daß man sich, was ein neues Schicksal gelte, sei, das zweifellos ebenso begierig wie die Kriegsfreunden hat nach dem Frieden umsehen werde, den Maßnahmen der Staatsleute aus beiden Lagern erhöhte Aufmerksamkeit schenken müsse.

Die Rede v. Payers ist demgemäß viel beachtet worden. Dr. "Nieuwe Rotterdamse Courant" schreibt, daß sowohl Payer als Lloyd George sich auf die halb veraltete Ausdrucksform beschränkt hätten, wem bisher der Wortkampf geführt worden sei. Das große befreiende, entscheidende Wort sei abermals von keinem der beiden gesprochen worden. Lloyd George erklärte, daß man bis zum Ende kämpfen werde. Gleichseitig versicherte er jedoch, daß der Friede nicht durch die Männer der extremen Regierung der beiden Parteien geschlossen werden würde. Punkte der Uebereinstimmung seien somit wohl zu entdecken, aber die Brücke zur Verständigung sei noch nicht gebaut.

"Nieuws van den Dag" sucht eine Abschwächung der Erklärung v. Payers in dessen Worten: "Dies glaube ich sagen zu können", was den Eindruck der Rede in England vermissen würde. Ueber Payers Ausführungen, daß Belgien mit den Verbündeten aushalten habe, sagt das Blatt, daß die jetzige deutsche Regierung sich offenbar doch nicht zu dem Standpunkt bekannt habe, den Bethmann Hollweg in dem ersten Augusttage 1914 eingenommen habe.

Der "Nieuwe Rotterdamse Courant" betont, daß es sich bei diesen Worten des Bischofs von Belgien um doch um eine Erklärung handle, die früher völlig gefehlt habe, doch werde die Erklärung durch die Anklage gegen die belgische Regierung abgedeckt. Die schon dadurch verringerte Wirkung der Erklärung werde noch dadurch hinfalliger, daß Deutschland gleichzeitig mit der Vorbereitung der freien Hand im Osten vorritt. Die Klage gegen Belgien werde von den Gegnern Deutschlands als selbstverständliche Grundbedingung angesehen. Aber den Fall müsse noch verhandelt werden. Wenn Deutschland bereit sei, sich im Frieden zu erklären, habe es doch den Krieg zu vermeiden. Das Blatt sieht heraus, daß Lloyd George in den getragenen Worten des Bischofs keine Veranlassung finden werde, seine gleichseitig ausgesprochenen Worte, daß England bis zum Siege durchkämpfen werde, zurückzunehmen.

Setz Baderland "betont die Wichtigkeit der deutschen Erklärung über Belgien, glaubt jedoch gleichseitig, daß die Entente wegen der darin vermischten Zustimmung der Schadenerklärung für Belgien sich hiermit nicht zufriedustellen werde. Ueber das Ende des fortwährenden Krieges und den Völkerverbund seien von beiden Seiten schöne Worte gesagt worden. Lloyd George erklärte ferner, daß England bis zum Siege durchkämpfen werde, während Payer lächelnd sagte, daß von Unterwerfung keine Rede sein könne.

Zu der gleichen Gegenüberstellung kommt die "Tud", welche sagt, daß trotz der Uebereinstimmung zwischen beiden Rednern, daß der Krieg übernehmliche Opfer erfordere, die Friedensbedingungen beider Parteien so scharf wie irgend möglich sich gegenüberstünden. Die Erklärung des belgischen Bischofs über Belgien wird vom "Nieuwe Courant" als "falsch" wie die seiner Vorgänger bezeichnet, doch bemerke sie, daß auch Herr v. Payer noch nicht den Unterschied zwischen der Stellung Belgiens und der der anderen Kriegsführenden, deren Gebiet befestigt wurde, eingesehen habe. Die Stellen der Rede Payers über den Völkerverbund und die Würtigung seien sehr zu begrüßen. Auch seine Idee auf dem Gebiete der inneren Politik Deutschlands bezeugt das Blatt als gesund. Doch der Standpunkt betreffs Belgiens werde außerhalb Deutschlands bei seinen Feinden auf keinerlei Verständnis stoßen.

Neue bemerkenswerte Schiffe versenkungen.

Berlin, 15. Sept. In der letzten Zeit sind, abgesehen von dem neulich gemeldeten französischen Truppentransport-

dampfer "Vallan", die Verluste folgender besonders bemerkenswerter Schiffe bekannt geworden:

Amerikanischer Landdampfer Frederic R. Kellogg (7127 B.H.T.), amerikanische Dampfer Montanan (6559 B.H.T.), "Coburn" (7300 B.H.T.), "Grays Harbour" (2373 B.H.T.), "Egner" (2000 B.H.T.), "Baret" (2088 B.H.T.), englischer Landdampfer "Salem" (1874 B.H.T.), die englischen Dampfer "Winnipeg" (1922 B.H.T.), "Dampfer" "Penelope" (1130 B.H.T.), "Winnipeg" (1655 B.H.T.), englische Munitionsdampfer "Marie" (3106 B.H.T.), der japanische Dampfer "Tokuma Maru" (7029 B.H.T.), der französische Dampfer "Bampa" (4471 B.H.T.). Schließlich wurde der amerikanische Transpordampfer "Mount Vernon" (früher Kronprinzessin Cecilie) mit 19 503 B.H.T. torpediert und schwer beschädigt. Ferner wurden noch als versenkt gemeldet die amerikanischen Dampfer "Salem" und "Salem". Da die Schiffskisten über sie keine Angaben enthalten, dürfte es sich um ganz neue Schiffe handeln.

Der erst 1917 gebaute Landdampfer "Frederic R. Kellogg" war voll beladen von Tampico nach Boston unterwegs; sein Wert einschließlich Ladung wird mit 10 Millionen B.M. auf sich bezogen. Die Ladung der mit "Sumanitas" genannten verbrannten 12 Schiffe betrug 38 843 Tonne-Metrische Tonne. Sie hätte voll beladen und 90 000 Gebirgsartilleriegeschütze befördern können. Um diese Gewichtsmenge über Land zu befördern, würden 6 000 Güterwagen von 15 Tonne Beladefähigkeit nötig sein. Das sind 150 normale Güterzüge zu 40 Wagen. Ein Bild von der Bedeutung der Bedeutung für uns machen, wenn wir uns vorstellen, daß unter Zugrundelegung unserer Produktion von 1850 Gramm wöchentlich, 150 Güterzüge täglich nötig sind, um eine Stadt von 1 Million Einwohnern für rund 49 Wochen, also beinahe ein Jahr, mit Getreide zu versorgen.

Großer österreichischer Dampfer versenkt.

London, 16. Sept. (Wetter-Meldung.) Der Union Castle Dampfer "Galvan Castle", 7983 B.H.T., der Dienstag morgen nach Gibraltar abgegangen ist, ist am Donnerstag morgen torpediert worden. 34 Mann der Besatzung und 120 Passagiere wurden vermisst. Der libanesischen Expeditionskommando wurden gerettet. Hunderte wurden durch Rettungsboote bei türkischer See gefolgt.

Weitere österreichische Erfolge in Albanien

Wien, 15. Sept. Inserer in Albanien unter dem Oberbefehle des Generalobersten Freiherrn von Pflanzer-Ballin kämpfenden Streitkräfte haben neue wichtige Erfolge erzielt. In dem zu einer Höhe von 2400 Metern aufragenden Tomor-Gebirge zum Angriff übergehend, gelang es unseren mit den erlabendsten Angriffswaffen besetzten Truppen, sich beherrschender Stellungen auf diesem Gebirgszweige zu bemächtigen. Die Eroberung der wichtigen und dominierenden Höhen sicherte uns den Besitz der Linie Tiroli-Berat. Damit werden die von feindlicher Seite entsetzt der italienischen Anfangserfolge in Albanien gegenüber Hoffnungen auf eine durch Wiedereröffnung der herbstlichen und montenegrinischen Territorien mögliche Neuaufrichtung der Balkanfront zunichte. Der Versuch der feindlichen Seeresleitung, für jene Erfolge, die ihr westlich der Adria vertrieben, auf der Dittische Erziehung zu finden, hat zu einem vollen Mißerfolge geführt.

Im Anschluß an unser Vordringen im Tomor-Gebirge gingen auch unsere zwischen Tiroli und dem Meere kämpfenden Truppen zum Angriff über und erzielten gleichfalls beträchtliche Fortschritte. Einige vom Meere bis zum äußersten vertriehten Gebirge bei Pojani — im Küstengebiet westlich von Tiroli — wurden erklümt. Bei den zu ihrer Wiedererobertung unternommenen Gegenangriffen führte der Feind auf dem albanischen Kriegsschauplatz zum erstenmal Panzerwagen ins Gefecht. Sie konnten das Scheitern des italienischen Aufmarsches nicht verhindern.

Scharfe russische Antwortnote an die Alliierten.

Moskau, 14. Sept. Auf die Protokollnote des diplomatischen Korps in Petersburg vom 5. Sept. bezüglich des roten Kreuzes verständig, "bemerklich in Nr. 198 eine aus schließlich sehr scharfe Note in die russische Sprache, welche mit den Worten schließt: "Wir lehnen auf das energigste jede Einmischung neutraler kapitalistischer Mächte zugunsten der russischen Bourgeoisie ab und erklären, daß wir jeden Versuch der Vertreter dieser Mächte, die Grenzen des gleichmäßigen Schutzes der Interessen ihrer Bundesgenossen zu überschreiten, als Versuch zur Unterjüngung der russischen Gegenrevolution betrachten werden."

Troß gegen die ausländischen Goldräuber.

Moskau, 14. Sept. "Araba" vom 14. Sept. veröffentlicht folgende bemerkliche Troß: "In Rajan haben Weißgardisten und Tschoko-Slowaken sich eines Teils des Goldes, welches Eigentum der Räte-Republik ist, bemächtigt. Dieses geschah auf Befehl französischer, englischer, japanischer und amerikanischer Kapitalisten. Das russische Volk weigerte sich nach der Oktober-Revolution, den ausländischen Wucherern für die vom Zaren abgeschlossenen Anleihen zu zahlen. Um den russischen Arbeitern und Bauern ihren Gewinn zu entreißen, haben sich ausländische Käufer durch die in ihrem Gold stehenden Tschoko-Slowaken und Weißgardisten einen Teil des Goldes bemächtigt. Jetzt versuchen diese Räuber, das erbeutete Gold über Sibirien nach Japan und Amerika oder über Archangelsk nach Frankreich und England zu schaffen. Dieses muß um jeden Preis verhindert werden. Das dem russischen Volk gehohlene Gold muß unverzüglich zurückgegeben werden. Der Schatz dieses Goldes im Gebiete des Tschoko-Slowaken und Weißgardisten-Anwärters wird allen ehelichen Arbeitern und Bauern anvertraut. Nach Säuberung der Wolga, des Urals und Sibiriens von Weißgardisten und Tschoko-Slowaken werden alle Schulden am Rande des Goldvorrats festgestellt werden. Das Eigentum wird konfisziert und sie selbst den ärmsten Sibirien, einschließlich Erziehung, unterzogen werden."

Von der Front in die englischen Bergwerke.

Amsterdam, 14. Sept. Das "Allgemeine Handelsblatt" meldet aus London, daß die in die Arme eingereichten Berg-